



E: 09.01.05

DIE UNABHÄNGIGEN

Fraktion im Rat der Stadt Hennef / Sieg

Fraktionsbüro: 53773 Hennef, Frankfurter Straße 97, Neues Rathaus,
2.OG, Zimmer 2.01, Telefon: 02242/888208, Telefax: 02242/8887208

Fritz Nördemann, Vorsitzender

Hennef, den 9. Januar 2006

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Pipke!

Im Zusammenhang mit der von der Landesregierung NRW beabsichtigten Anhebung der höchstmöglichen Gebühren von 100 € auf 150 € für Eltern, deren Kinder die Offenen Ganztags-Schulen besuchen und die entsprechenden Angebote wahrnehmen, ergibt sich für uns weiterer Klärungsbedarf. Siehe dazu auch den beigegefügt GA-Artikel.

Daher bitte ich Sie, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften am 12. Januar 2006 die nachfolgenden Anfragen mündlich und schriftlich zu beantworten.

1. Wie viele Eltern und Kinder wären von der geplanten Neuregelung betroffen?
2. Welche Konsequenzen hätte das - soweit absehbar - für die OGSn in Hennef?
3. Würde der Betrieb der OGSn in Hennef in der bisherigen Form bestehen bleiben?
4. Welche Maßnahmen erwägt der Bürgermeister der Stadt Hennef, um dieser bisher nur geplanten Gebührenerhöhung entgegenzuwirken?
5. Wird dem Stadtrat am 20. 2. 2006 dazu ein klarer Resolutionsentwurf vorgelegt?

Mit freundlichen Grüßen

F. N.

„Die Aufbauarbeit bricht zusammen“

BILDUNG Die geplante Beitragserhöhung für Ganztagschulen stößt auf Widerstand. Die Träger fürchten personelle Engpässe und den Verlust vieler Betreuungsverträge. Eltern sorgen sich um das Niveau

Von **Stephan Lohke**

DÜSSELDORF. Eltern, deren Kinder eine der bislang 1 400 Offenen Ganztagsgrundschulen (OGS) in Nordrhein-Westfalen besuchen, müssen sich auf deutlich höhere Kosten einstellen. CDU und FDP wollen die Beiträge ab dem kommenden Schuljahr von 100 auf 150 Euro pro Monat anheben. So jedenfalls steht es im Gesetzesentwurf, der in diesen Tagen den Bezirksregierungen und den Landesjugendämtern auf den Tisch flatterte.

Prompt regt sich Widerstand. In einer gemeinsamen Stellungnahme fürchten die Träger der Bonner Ganztagsgrundschulen, dass die Verteuerung dazu führen wird, dass viele Eltern den Betreuungsvertrag mit dem OGS-Träger aufkündigen. „Die sieben vollbrachte Aufbauarbeit bricht zusammen“, erklären sie. Nach den Plänen der Landesregierung müssen die Kommunen eine soziale Staffelung vorsehen. Dennoch fürchtet die Opposition, dass „dieser Erhöhung für viele Familien nicht zu verkraften ist.“ Ex-Schulministerin Ute Schäfer (SPD) prangert an, Schwarz-Gelb wolle die Jugendhilfe aus der Ganztagschule herausdrängen. Die neue Landesregierung gebe die bewährte Position auf, dass Schule und Jugendhilfe gleichberechtigte Partner seien. „Die sehr lobenswerte Tatsache der Aufstockung der Mittel für den Ganztags geht unter im Ärger, den man bei allen Partnern auslöst“, so Schäfer.

Die Koalition beabsichtigt, „die Qualität durch eine Bereitstellung zusätzlicher Lehrstellen erheblich zu verbessern.“ Ziel sei die Intensivierung einer gezielten und individuellen Förderung der Schüler. Das Bestreben begrüßen Opposition wie Eltern ausdrücklich. Doch zugleich melden sie Bedenken an, dass die Rechnung aufgeht.



Ganztagsbetreuung: 50 Euro mehr sollen Eltern in Zukunft zahlen.

FOTO: DPA

Zum Verständnis: Bislang erhielten Grundschulen für jede Ganztagsgruppe mit mindestens 25 Kindern 0,1 Lehrstellen zusätzlich. Diese Stelle konnten sie kapitalisieren, sprich bar auszahlen lassen. Mit dem Erlös daraus und den Elternbeiträgen wurden Erzieherinnen oder anderes pädagogisch qualifiziertes Personal bezahlt. Künftig werden der Schule pro Gruppe zwar 0,2 Stellen zusätzlich zugestanden, kapitalisiert werden darf davon aber nur noch ein Viertel. Damit fehlt den Trägern Geld für die Bezahlung anderer Fachkräfte.

Pro Kind klappt dann ein Loch von 103 Euro jährlich in ihren Kassen.

Nach Ansicht von Eltern droht das Niveau des Angebots zu sinken. „Als Verantwortliche für Finanzen und Personal befürchten wir eine erhebliche Verschlechterung der Betreuung vor Ort“, schreibt die Vorsitzende der Bonner Elterninitiative „Buschpflanz“, Eva Jacobsen, an Schulministerin Barbara Sommer (CDU). Ihre Sorgen, die von der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege geteilt wird, beruhen nicht nur auf den

Finanzfragen. Befürchtet werden personelle Engpässe. Lehrern stehen 28 Unterrichtsstunden pro Woche für die tägliche Arbeit in der Schule zur Verfügung, Erzieherinnen deutlich mehr. Und: Während Lehrer in sämtlichen Schulleistungen von der Betreuung von Schülern befreit sind, kann eine pädagogische Kraft abgesehen vom üblichen Urlaubsanspruch auch in den Ferien eingesetzt werden.

So grübelt Ute Schäfer: „Wer kümmert sich um die Kinder in den Ferien, wenn die Kooperationspartner der Jugendhilfe aus dem System herausgedrängt werden?“ Auf eine verlässliche Betreuung ihres Kindes übers gesamte Jahr hinweg könnten Eltern dann nicht mehr bauen. Die rot-grüne Landesregierung habe den Kommunen dagegen für die Betreuung in den Ferien verbindliche Vorgaben gemacht. Einen weiteren Nachteil im Koalitionskonzept hat die SPD-Sprecherin für Generationen, Familie und Integration, Britta Altenkamp, ausgemacht. Lehrer seien nun einmal teurer als Kräfte der Jugendhilfe. Im Klartext: Für einen Pädagogen könnten nahezu zwei Erzieherinnen beschäftigt werden.

Nach Ansicht der SPD droht künftig vielen Mitarbeitern in der Jugendhilfe, aber auch Erzieherinnen in den Horten die Arbeitslosigkeit. Schließlich habe Familienminister Armin Laschet angekündigt, von 2007 an nur noch 20 Prozent der Horte zu fördern, ab 2010 gar keine mehr. Die Befürchtung hegt auch der Vorsitzende der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege. „Wir befürchten, dass die positive Entwicklung der Offenen Ganztagsgrundschulen in Verantwortung von Schule und Jugendhilfe, dass aufgebaute Fachlichkeit, Strukturen und Arbeitsplätze gefährdet sein können“, schreibt Günther Neuses an die Schulministerin.